
Matthias Lohmann
Niggenhuser Hof 32
58769 Nachrodt-Wiblingwerde
Mob. 0163 1729962
e-mail: office@lohmman-matthias.de

Haushaltsrede Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde

Nachrodt Wiblingwerde, 23.03.2026

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Tegeler,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde,
Sehr geehrte Vertreterinnen der Presse,

das Schicksal desjenigen der als letzter spricht war schon immer, damit rechnen zu müssen, dass das, was er in seiner Rede geschrieben hat, schon vorher erwähnt wurde. Erwähnt ja, aber nicht mit seiner Haltung und nicht mit seiner Farbe. Verzeihen Sie mir also bitte, falls es bei den Überschriften Wiederholungen gibt. Vielleicht sind die Ausführungen zu diesen Inhalten ja trotzdem spannend.

Niemand hat den Kämmerer in diesem Jahr um seine Aufgabe beneidet. Das Aufstellen des Haushaltes ist unter den derzeitigen Bedingungen wahrlich keine vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe. Ich denke Heiko Tegeler hätte lieber einen Haushalt mit ausgewogenen Zahlen und einem komfortablen Überschuss vorgelegt. Ich bewundere Heiko Tegeler an dieser Stelle immer wieder um seine sachliche Ruhe. In vielen Punkten der defizitären Situation dieses Haushaltes kann ich der Verwaltung und dem Rat keine Schuld zuweisen. Die Bedingungen und das Gerüst in das wir vom Bund, vom Land und vom Kreis geschnürt werden, haben wir nicht verursacht. Wir müssen es ertragen. Hände in den Schoß legen zählt dabei nicht. Wir müssen um den Erhalt unserer Gemeinde und um den Erhalt des Wohlstandes unserer Gemeinde kämpfen. Das kostet Kraft und viel Geld.

Ich werde einige Beispiele für unseren Wohlstand und einige Beispiele von Misswirtschaft aufzeigen, mache aber vorher auf zwei Umstände aufmerksam.

Vor einigen Tagen wurde bei Youtube ein Video hochgeladen. Der Titel lautet: „Die 10 gruseligsten Kleinstädte Nordrhein-Westfalens.“

Um zwei dieser Titelträger zu besuchen, müssen wir nur die Lenne herauffahren. Unsere nächsten beiden Nachbarstädte haben sich diese Titel geholt.

Und jetzt die gute Nachricht: Kreisweit steht die Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde bei dem durchschnittlichen Betrag, der jeder Bürgerin und jedem Bürger zur Verfügung steht auf Platz 1. Und jetzt die noch bessere Nachricht. Im Ranking der 396 Städte und Gemeinden von Nordrhein-Westfalen stehen wir unter den wohlhabendsten 5%. Jeder Bürgerin und jedem Bürger in Nachrodt-Wiblingwerde stehen im Schnitt über 8000,- Euro jährlich mehr zur Verfügung als einem Plettenberger. Wir müssen da nicht stolz drauf sein. Das wäre arrogant.

Aber ein wenig Zufriedenheit und angemessenes Klagen finde ich an dieser Stelle schon gut platziert.

Was habe ich eingangs mit Wohlstand gemeint?

Für eine Elbphilharmonie sind wir zu klein. Wir haben leider keine Elbe, sondern nur eine kleine Lenne und haben jetzt eine Lenne-Philharmonie. Ich meine damit nicht die Nutzung, sondern die Vergleichbarkeit der aus dem Ruder gelaufenen Finanzierung unseres Hallenbades. Der Vergleich hinkt aber deutlich.

Als wir die Sanierung des Hallenbades beschlossen haben, sind wir von einem Aufwand von etwas mehr als 2 Mio. Euro ausgegangen. Geworden sind es 7 Mio. Kleine Fische gegen die Elbphilharmonie. Beschlossen wurde die Sanierung mit 77 Mio. Euro. Geworden sind es dann 866 Mio. Der kleine Unterschied. Bei der Elbphilharmonie sprechen wir von einer eklatanten Fehlkalkulation. Bei unserem Hallenbad von einer Kalkulation nach bestem Wissen und Gewissen und einer Verkettung schlimmster Fehler unserer Vorfahren und der damals ausführenden Firmen.

Aber was macht daran jetzt den Wohlstand aus. Wir haben auf 6500 Einwohner ein eigenes neues Schwimmbad. Das ist so, als hätte Hamburg 2800 Schwimmbäder, oder Lüdenscheid 110 Schwimmbäder.

Zwei Sporthallen und zwei Sportplätze auf 6500 Einwohner. Wären im Vergleich für Hamburg 1400 Sporthallen und für Lüdenscheid 55 Sporthallen. Davon träumen die noch nicht einmal.

Dieser Wohlstand kostet Geld. Viel Geld! Und wenn wir diesen Wohlstand haben wollen, dann müssen wir auch etwas dafür tun und müssen auch dafür bezahlen.

Unsere Feuerwehren:

Unsere Feuerwehren zählen zum Reichtum unserer Gemeinde, nicht zu unserem Wohlstand. Wer bei der Dienstbesprechung der Wehren am 20. Februar dabei war, der hat eine höchstmotivierte Feuerwehr erlebt. Unser Reichtum sind die Menschen, die sich dort für unserer aller Sicherheit engagieren. Jegliche Diskussionen um Pflichtausstattung sind obsolet. Die Verzögerungen um den Neubau der Feuerwache sind ärgerlich. All die Menschen, die da gerade auf uns schimpfen, hätten uns ja darauf aufmerksam machen können, dass weit unter dem Baugelände eine nicht filterfähige Bodenschicht liegt. Dem Bauamt scheint das ja niemand zu glauben. Zum Glück glauben die Menschen Siggi Müller, der nichts anderes sagt.

Bald geht's mit dem Neubau weiter.

Der Radweg:

Auch der Lenneradweg hat nichts mit unserem Wohlstand zu tun. Man suggeriert uns ein Mitspracherecht bei der Terminierung. Der Lenneradweg ist ein Musterbeispiel völlig verfehlter, ideologischer Landespolitik. Als wäre dieser Radweg das, was in NRW ganz vorne auf der Agenda steht und gelöst werden muss. Wie wäre es, wenn man statt des unverhältnismäßig teuren Radweges für die wenigen Radfahrer eine Wechselampel zur einspurigen Nutzung des vorhandenen Weges installiert. Herr Krischer nimmt das doch auch für Millionen von Autofahrern in Kauf, die seit 10 Jahren vor der Baustellenampel der einspurigen Brücke stehen. Für die temporäre Ertüchtigung der Brücke zum zweispurigen Betrieb war kein Geld da. Autos passen ja nicht ins Weltbild eines grünen Verkehrsministers. Lieber Herr Minister Krischer, legen Sie das Projekt Radweg zu den Akten. Ersparen Sie uns diese Baustelle und die tausenden Tonnen von CO₂, die mit dieser Baustelle erzeugt werden. Stellen Sie uns den eingeplanten Betrag lieber zur Eigenverwendung zur Verfügung. Wir wären aller finanzieller Probleme befreit.

Windkraft

Ob wir Windräder bekommen, oder nicht. Auch das liegt nicht mehr in unseren Händen. Was aber in unseren Händen liegt, ist die sogenannte Positivplanung. Die Presse hat mich vor kurzem zitiert mit: „Damals haben wir uns auf die Ohren gehauen – jetzt trinken wir zusammen Bier.“ Damit habe ich das Verhältnis der Investoren zum Rat beschrieben.

Die Zeiten haben sich geändert. Eingeläutet von Frau Merkel und in einem Verfahren um das uns die ganze Welt auslacht, von einem Kinderbuchautor umgesetzt, hat man in Deutschland mal eben alle Atomkraftwerke abgeschaltet. Ich sehe aus meinem Garten in näherer Umgebung acht Windräder und habe selbst 12 kW Peak Photovoltaik auf dem Dach. Zig Mal im Jahr sehen wir, dass sich wegen Windstille kein Windrad dreht und wegen zugezogenem Himmel die Leistung unserer PV-Anlage unter 1% liegt. Wir nennen das „Habeck-Wetter“. Es ist das Wetter, bei dem der Strom aus der Steckdose kommt. Es ist das Wetter bei dem der Strom für Preise bis zu 80 Cent pro kWh aus uralten Atomkraftwerken aus Frankreich eingekauft wird.

Jetzt hat sich aufgrund von Kriegen im Osten und ganz akut im nahen Osten für uns schon ein ängstlicher Zustand zur Energieversorgung eingestellt. Trotz der wetterbedingten Ausfälle ist die Akzeptanz zur Windkraft deutlich gestiegen. Die Windkraftinvestoren haben aus dem „Auf-die-Ohren-hauen“ auch gelernt und gehen sehr bedächtig und einfühlsam mit allen Betroffenen und den Belangen der Einwohnerinnen und Einwohner um. Wir können es nicht verhindern, dass weitere Windenergieanlagen auf dem Gemeindegrund erstellt werden, und wir werden es auch nicht verhindern. Wir appellieren aber an alle Beteiligten, Gewinnmaximierung und Wohnwertminderung der betroffenen Bürger in einer Relation zu halten, die für JEDEN erträglich ist.

Angenehmer Nebeneffekt der Windenergieanlagen. Durch die Windenergieanlagen der Walzwerke sichern wir den Standort und Arbeitsplätze. Durch alle weiteren Windkraftanlage können wir „irgendwann“ auf Gewerbesteuererinnahmen hoffen. Dafür brauchen wir die bedingungslose Zusage, dass die Gewerbestandorte dieser Anlagen in der Gemeinde sind und bleiben. Einer Windenergieanlage mit Gewerbestandort außerhalb der Gemeinde werde ich niemals zustimmen.

Komme ich zum letzten Punkt meiner Ausführungen.

Wie finanzieren wir unseren Wohlstand – und zwar jetzt und sofort.

Im Wahlkampf wurden viele Wahlversprechen abgegeben. Das irrsinnigste Wahlversprechen lautete: „Mit mir gibt es keine Steuererhöhungen!“ Eine Aussage, die wenig zukunftsweisend war und auf wenig Sachverstand schließen ließ.

Wir brauchen dringend Steuererhöhungen. Schauen Sie in unsere Nachbarländer Dänemark, Niederlande, Frankreich, Belgien. Die Bürger fahren zu uns zum Einkaufen, weil die Bundesrepublik Deutschland ein Steuer- und Einkaufsparadies ist.

Und jetzt klagen wir darüber, dass wir zu wenig Geld für die öffentlichen Belange haben.

Und so komme ich zwangsläufig auf das leidige Thema Hebesätze. Ein unbeliebtes Thema. Gehen wir mal davon aus, dass die differenzierten Hebesätze nicht im Grundsatz von den Verwaltungsgerichten gekippt werden.

Mit unserem vorbenannten Wohlstand sind wir nicht unzufrieden. Dieser Wohlstand kostet aber Geld. Straßenreinigungsgebühren wollen wir nicht. Dafür gibt es viele gute Gründe. Außerdem würden diese den Verwaltungsaufwand nochmal erhöhen. Das wollen wir auf keinen Fall. Wir haben zurzeit bei der Grundsteuer einen Hebesatz von 720 Punkten. Ein Hebesatz der von uns vor 14 Jahren festgelegt wurde. Ohne Dynamik. Ein Fehler! Hätten wir den Hebesatz mit einer Orientierung an der allgemeinen Preissteigerung angehoben, oder an der Steigerung des Rentensatzes, würden wir heute anders diskutieren. Den Gegnern einer Hebesatzerhöhung möchte ich nochmal verdeutlichen, dass die Kosten für die Gemeinde der gleichen Steigerung unterliegen wie die Kosten der allgemeinen Lebenshaltung. Nehmen Sie aus den Haushalten der Gemeinde der letzten 14 Jahre die Positionen, die für jeden privaten Haushalt auch relevant sind. Wie soll man das mit einem 14 Jahre eingefrorenen Rechenmodell finanzieren.

Niemand will sich an den Bürgerinnen und Bürgern bereichern und niemand will die Einwohnerinnen und Einwohner über Gebühr belasten.

Jede Preissteigerung wird geschluckt. Es wird genauso viel Kaffee getrunken, wie vor 2 Jahren, obwohl der Kaffee sündhaft teuer geworden ist, Zigaretten kosten 12 Euro. Es wird weiter geraucht. Es wird immer noch an Autobahntankstellen getankt, obwohl der Sprit dort bis zu 40 Cent mehr kostet. Ist ja so schön bequem. Ein Döner kostet mittlerweile 10 Euro. Trotzdem schießen Dönerbuden wie Pilze aus dem Boden. 10 Euro für einen Döner scheinen o.k. zu sein. Nur der Wohlstand unserer Gemeinde, der darf nicht teurer werden. Ich komme nochmal auf Hamburg. Hebesatz 975 Punkte. Bei Immobilienwerten, die ein x-faches unserer Immobilienwerte darstellen. In Hamburg bezahlen Sie für ein 1-Zimmer-Appartement mehr Grundsteuer als in Nachrodt-Wiblingwerde für ein großes Einfamilienhaus. Die Hamburger haben übrigens am 01.01.2025 den Hebesatz von 540 auf 975 Punkte angehoben. Eine Steigerung um über 80 Prozent.

Das müssen wir jetzt auch in so einer Größenordnung dringend tun, sonst wars das mit unserem Wohlstand.

Ich habe eingangs von dem hohen Prokopfeinkommen unserer Gemeinde gesprochen. Von 8000 Euro Mehreinkommen pro Kopf als in Plettenberg.

Heben wir den Hebesatz um 50% an, dann kostet das in meinem Haushalt 14,- pro Person monatlich. Etwas mehr als eine Schachtel Zigaretten. In den meisten Haushalten wird es deutlich unter 10,- pro Person bleiben. In normalen Mietwohnungen nochmal deutlich darunter. Ich denke es wird kaum einen Haushalt geben, der diese Anhebung wirklich spürt. Eine Anhebung der Hebesätze befürworte ich nur aus einem einzigen Grund.

Sie ist zum Wohle der Bürger.

Wir haben ein spannendes gemeinsames Jahr vor uns und ich bin der festen Überzeugung: Mit den richtigen Entscheidungen können wir den worst case der Haushaltssicherung noch abwenden. Wir müssen nur eine unpopuläre Entscheidung treffen.

Frau Bürgermeisterin, Herr Tegeler, meine Damen und Herren der Verwaltung, ich bedanke mich an dieser Stelle für Ihre geleistete Arbeit.

Den Vorbehalten meiner Vorredner schließe ich mich in vielen Punkten an und werde dem vorgelegten Haushalt trotzdem vollumfänglich zustimmen.
